

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich außer Sonn- und Feiertagen.
Der Preis für die 24 zum dreifachen Colonnat-Druck gehörigen im Umkreis der 15, Nummer 24, für die 20 zum dreifachen Colonnat-Druck gehörigen 20, Nummer 100, für die 20 zum dreifachen Colonnat-Druck gehörigen 25, Nummer 65. Die 20 zum dreifachen Colonnat-Druck gehörigen 25, Nummer 65. Die 20 zum dreifachen Colonnat-Druck gehörigen 25, Nummer 65.
Verlag: Nr. 1222.
Gesamtdruck: Nr. 1222.
Gesamtdruck: Nr. 1222.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue (Schneeberg), Schwarzenberg und Johanngeorgenstadt, der Stadträte in Aue, Grünhain, Böhmisch-Neudorf und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen des Stadtrates zu Schwarzenberg.

Verlag E. M. Gärner, Aue, Sachsen.

Verleger: Max 51 und 52, Böhmisch-Neudorf (Nied. Aue) 446, Schwarzenberg 214, Schwarzenberg 214. Druckort: Volkshaus Aue.

Wichtiges: Anzeigen für die am nächsten erscheinende Nummer bis spätestens 9 Uhr in den Geschäftsstellen. Eine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben am vorerwähnten Tage sowie an bestimmten Stellen wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch den Verleger aus gegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unvollständiger oder unrichtiger Anzeigen übernimmt die Geschäftsleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Erscheinens begründen keine Rückgabe. Bei Zahlungsergänzung und Kontur gelte Rückgabe als nicht vereinbart. Geschäftsstellen: Aue, Grünhain, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 130.

Mittwoch, den 7. Juni 1933.

86. Jahrg.

Amthliche Anzeigen.

Die Stadtverordneten haben Herrn Studienrat Dr. phil. Walter Robert Gerlach in Schneeberg als stellv. Bürgermeister wiedergewählt.

Der Gerichtsassessor Dr. jur. Gustav Leo Hofst zurz in Schneeberg ist mit Genehmigung des Ministeriums des Innern am 1. Juni 1933 als kommissarischer Bürgermeister der Stadt Schneeberg verpflichtet worden.

Schneeberg, den 7. Juni 1933.

Der Stadtrat.

Öffentliche Stadtverordnetenversammlung in Aue.

Freitag, den 9. Juni 1933, 19 Uhr.

Stadtverordneter Lindner.

1. Kenntnisnahme vom Rechnungsabschluss der Ziegelei auf 1932/33.

2. Kenntnisnahme von der Mandatsniederlegung durch die sozialdemokratischen Stadtverordneten.
3. Nachtrag zum Ortsgesetz über die Durchführung der Wohlfahrts- und Fürsorgeaufgaben.
4. Ortsgesetz über den Grundstückabstand an Staatsstraßen.
5. Wahl der Steueraussschüsse.
6. Neubildung der Oberrealschulkommission.
7. Zuständigkeit von Rat und Stadtverordneten in Sachen der städt. Baugesellschaft.
8. Wahl eines besoldeten Ratsmitgliedes.
9. Haushaltplanberatung.

Die Firma F. A. Range, Metallwerke A.-G., Aue-Meerhammer im Betriebe befindliche Gasgeneratoranlage berart umgebaut, daß die der Zwickauer Mulde zuströmenden Abwässer von täglich 5 cbm auf etwa 30 l herabgemindert worden sind.

Gemäß § 88 Abs. 1 des Allgemeinen Sächsischen Baugesetzes wird dies hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen hiergegen binnen zwei Wochen an unterzeichneter Amtsstelle anzubringen. Die Beteiligten, die sich innerhalb der bestimmten Frist nicht melden, verlieren das Recht zum Widerspruch gegen die von der Behörde vorzunehmende Regelung. Die auf besonderen privatrechtlichen Titeln ruhenden Einwendungen werden durch den Fristablauf nicht berührt.

Die Zeichnungen können im Stadthaus Aue — Zimmer Nr. 8 — während der Amtszeit eingesehen werden.

Aue, 2. Juni 1933.

Der Rat der Stadt — Wasseramt.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ in Aue, Schneeberg, Böhmisch-Neudorf und Schwarzenberg eingesehen werden.

Die Fälschung des Biererpaktes.

Französischer Schwindel.

Die französische Regierung hat den Biermächtepakt angenommen, so hieß es plötzlich gestern nachmittag. Die Kunde kam überraschend, nachdem kurz vorher (vgl. die gestrige Nr. des „E. V.“) mitgeteilt worden war, daß Frankreich Schwierigkeiten mache und die Lage infolgedessen sehr ernst sei. Des Rätsels Lösung ist einfach: Das was Frankreich zu unterschreiben bereit ist, ist gar nicht der Biermächtepakt, auf den sich Deutschland, Italien, England und Frankreich Ende Mai geeinigt hatten, sondern ein in seinen wichtigsten Bestimmungen völlig neuer Vertrag, der von Frankreich ausgearbeitet worden ist und annehmbar nunmehr alles das enthält, was die Franzosen und ihre Vasallen in der ursprünglichen Fassung vermißten.

Es handelt sich also wieder einmal um einen echt französischen Schwindel, der noch durch die Behauptung der Pariser amtlichen Nachrichtenagentur verstärkt wird, die Italiener und Engländer hätten dem französischen Entwurf bereits zugestimmt. Dem steht die deutsche Behauptung gegenüber, nach welcher die genannten Partner erklärt hätten, sie würden nur zustimmen, wenn Berlin einverstanden sei. Diese Lesart scheint uns schon deshalb die richtige zu sein, weil kaum anzunehmen ist, daß man sich in London und noch weniger in Rom dazu hergibt, dem hinterhältigen französischen Manöver Hilfeleistung zu leisten. Die Taktik der Pariser Regierung ist nach wie vor die, mit allen Mitteln Deutschland ins Unrecht zu setzen. Die Franzosen wollen den europäischen Ausgleich nicht, sie sind aber zu feige, das offen zu bekennen. Vielmehr gehen sie darauf hinaus, die Schuld am Scheitern der internationalen Vereinbarungen auf die nationale Regierung abzuwälzen.

Der Beschluß des französischen Ministerrates.

Paris, 6. Juni. In einem Ministerrat unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik erstatteten Ministerpräsident Daladier und Außenminister Paul-Boncour über den Stand der Verhandlungen zum Biererpakt, sowie über die an den ursprünglichen Entwurf vorgenommenen Änderungen Bericht. Der Ministerrat beschloß, den französischen Vorschlag in Rom zu erwidern, den Text dieses Paktes zu paraphrasieren.

Havas bringt über den Ministerrat noch folgende Einzelheiten: Das Hauptereignis der Beratung war die Annahme des neuen Textes des Biererpaktes durch Frankreich, also des Textes, der bereits die Zustimmung Italiens und Englands gefunden habe. (Das ist geschwindelt! E. V.) Das bedeutet, daß das Abkommen im Laufe des heutigen Tages paraphrasiert werde, wenn Deutschland ihm seine Zustimmung erteile. Die von der Regierung Daladier vorgeschlagene und angenommene Fassung stelle den Pakt deutlich in den Rahmen des Völkerbundes hinein und gebe hinsichtlich der Abrüstungsfrage volle Genugtuung.

„Eine neue Phase in den Verhandlungen“.

Berlin, 6. Juni. Die Ermächtigung des französischen Kabinetts an seinen Botschafter in Rom, den Biererpakt zu paraphrasieren, bezieht sich anscheinend auf den abgeänderten Wortlaut des Biererpaktes, wie er von Frankreich vorgeschlagen wird. Die Zustimmung irgendeiner der anderen an den Verhandlungen beteiligten Mächte zu den französischen Abänderungsvorschlägen ist bisher nicht bekannt geworden.

Der Wortlaut des abgeänderten Biererpakt-Vorschlages ist am Dienstag vormittag hier eingetroffen. Der ursprüngliche Paktvorschlag ist durch die französischen Abänderungen so stark umgestaltet worden, daß er, wie verlautet, mit dem ursprünglichen Mussolinischen Paktvorschlag nichts mehr zu tun hat. Der neue Vorschlag, der gegenüber dem ursprünglichen Entwurf Mussolinis stark in französischem Sinne „verwässert“ wurde und einen ganz neuen Pakt darstellt, wird zur Zeit überprüft.

Zu dem neuen Text des Biererpaktes wird noch bekannt, daß England und Italien ihre Zustimmung bisher nicht erteilt haben, vielmehr die Paraphrasierung davon abhängig machen, daß der neue Text die wesentlichen Bestimmungen des ursprünglichen Paktes wahren soll. Die Paraphrasierung des Paktes bedeutet, wie verlautet, werden die für Deutschland wichtigen Vertragselemente, so z. B. die Gleichberechtigung, nur ungenügend berücksichtigt. Die amtlichen Stellen dürften also sorgfältig abwägen, ob noch ausreichendes Interesse an der Paraphrasierung besteht. Mit dem Ergebnis dieser Untersuchung ist vor Mittwoch nicht zu rechnen.

Der Inhalt des neuen Paktes.

Paris, 6. Juni. Havas gibt eine Inhaltsangabe des neuesten Biermächtepaktentwurfes, der gegenüber dem ursprünglichen Paktentwurf einen völlig neuen Text darstellt. Darnach werde in der Präambel erklärt, daß der Biererpakt in der Hauptsache bezwecke, die Verfahrensmethoden des Völkerbundespaktes wirksamer zu gestalten, ohne daß die Befugnisse der vier Großmächte den Rechten der anderen Staaten Abbruch tue. Artikel 1 sehe vor, daß England, Frankreich, Italien und Deutschland sich dahin verständigt hätten, eine effektive Politik der Zusammenarbeit zu treiben. Artikel 2 bestimme, daß der Meinungsaustausch vor allem bei der Anwendung der Bestimmungen des Völkerbundespaktes gelten werde, namentlich von Artikel 10 (Aufrechterhaltung des Status quo), Artikel 16 (Sanktionen im Konfliktfälle) und Artikel 19 (Beratungsvorbehalt). Artikel 3 bestimme, daß, falls die Genfer Abrüstungskonferenz scheitern sollte, die vier Mächte sich ins Einvernehmen setzen würden, um untereinander für die unlösbar gebliebenen Probleme eine Regelung zu finden. Artikel 4 präzisieren, daß die Großmächte ebenfalls gemeinsam die Wirtschaftsprobleme in Europa, die sie gemeinsam interessierten, prüfen könnten. Artikel 5 sehe die Laufzeit des Paktes auf 10 Jahre mit einer Erneuerung für den gleichen Zeitraum fest, falls nicht bei Ablauf des 8. Jahres nach Inkraftsetzung etwas anderes bestimmt werde. In Artikel 6 endlich werde bestimmt, daß der französische Text des Abkommens im Falle von Streitigkeiten als vorbildlich gelte.

Hierzu gibt die Agence Havas einen Kommentar, in dem es heißt:

In französischen politischen Kreisen sei man der Ansicht, daß die französische Regierung ihre offizielle Zustimmung zu dem Abkommensentwurf — natürlich unter Vorbehalt des Ratifizierungsrechts durch das Parlament — gegeben habe, weil der Ministerpräsident hinsichtlich der Änderungen, die Daladier und Paul-Boncour am alten Text forderten, Genugtuung erhalten hätte, namentlich bei den Bestimmungen, die er vor Pfingsten mit dem englischen Geschäftsträger führte. In der Tat bringe der Text auf den Mussolinis und die Vertreter Englands und Frankreichs sich geeinigt hätten, das gegenseitige Bemühen um Ausgleich zum Ausdruck, und man hege die Hoffnung, daß Deutschland seinerseits binnen kurzem sich ihm anschließen werde. Während der ursprüngliche Text im wesentlichen die Revision der Friedensverträge und die Wiederherstellung der Gleichberechtigung durch die Zusammenarbeit im Völkerbundesrat der Großmächte vorsah, gehe der neue Text vielmehr in Einzelheiten. Welt davon entfernt, den

Strafantrag im Gerekoprozeß.

Berlin, 7. Juni. Im Gerekoprozeß beantragte der Staatsanwalt gegen Dr. Gerek wegen Betruges und wegen fortgesetzten Betruges eine Gefängnisstrafe von sechs Jahren Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren.

Vorzeichen des Völkerbundes Abbruch zu tun, berufe er sich im Gegenteile verschiedentlich auf die Bestimmungen des Völkerbundespaktes und bestärke die Verpflichtungen der Locarno-Abkommen und des den Krieg ächtenden Briand-Kolleggenpaktes. Die Unzulässigkeit, die bei Verhandlungsbeginn zu befürchten gewesen seien, seien glücklicherweise im letzten Paktentwurf verschwunden, so daß die kleine Entente sich heute mit Italien in Angriff nehmen können in der Erwartung, daß direkte Verhandlungen eine Verständigung zwischen Rom und Paris hinsichtlich der zwischen beiden Ländern schwebenden Streitfragen herbeiführen würden.

Rom, 6. Juni. Mussolini hat die zum Abschluß der außenpolitischen Aussprache im Senat angeforderte Rede nicht gehalten. Er hat vielmehr bei Eröffnung der Sitzung im Senat, ohne weiteres die Abstimmung über den Außenetat vorzunehmen. Die Verhandlungen, so fügte er hinzu, über den Pakt für die Zusammenarbeit und Verständigung zwischen den vier europäischen Weltmächten haben eine Phase erreicht, die binnen kurzem in einem oder anderem Sinne abschließend sein kann.“ Er behalte sich deshalb vor, wenn nötig, Mittwoch, das Wort zu ergreifen. Die Erklärung Mussolinis wurde vom Senat mit Beifall aufgenommen.

Goering über die deutsch-französischen Beziehungen.

Paris, 6. Juni. „Petit Journal“ veröffentlicht eine Unterredung mit Ministerpräsident Goering, der zunächst über das Biermächte-Abkommen sprach. Niemand mehr in Deutschland glaube noch an die Gleichberechtigung, die man Deutschland mit den Lippen gewährt habe. Aus vielen Gründen, sagte der Ministerpräsident weiter, können und wollen wir keinen Krieg führen. Wenn eines Tages der Verteilungskrieg notwendig werden sollte, würde das deutsche Volk ihn energisch führen, aber niemals einen Angriffskrieg. Ein europäischer Krieg wird nur dem Volksgewissen zugute kommen. Was will Frankreich von uns? Frankreich besitzt die stärkste Armee Europas, Verbündete, Garantieverträge. Deutschland steht allein, und seine Rüstung ist beschränkt, daß wir nicht einmal feindliche Flieger hindern könnten, unsere Städte zu bombardieren. Will Frankreich etwa diese Situation verlängern, wenn es von seiner Sicherheit spricht? Heute, 14 Jahre nach dem Friedensfluß, stoßen wir, sobald wir den kleinen Finger rühren, um allmählich die Freiheit wieder zu erlangen, ohne die niemand existieren kann, sobald wir irgend eine Bewegung nach irgend einer Richtung tun, auf die Opposition Frankreichs. Warum? Was trennt im Grunde genommen beide Völker? Nichts, wenn nicht gegenseitige Vereingemessenheit. Die Interessen der beiden Völker können in Einklang gebracht werden. Je mehr ich darüber nachdenke, um so mehr komme ich zu der Überzeugung, daß beide Nationen sich verständigen müssen. Die französischen Staatsmänner kommen mit den Staatsmännern aller Länder zusammen, nur nicht mit den deutschen. Es gibt keine direkte Aussprache zwischen beiden Regierungen, deren Zusammenarbeit mehr als jede andere den Frieden und das Wohlergehen Europas sichern würde, und dies gerade in einem Augenblick, in dem Deutschland sich eine starke Regierung gegeben hat, die fähig ist, Verantwortung zu übernehmen, was die notwendige Bedingung für jede weltbildende Politik ist. Frankreich und Deutschland müssen mit einander verhandeln, dann werden sie, wie ich fest überzeugt bin, einen gemeinsamen Weg finden. Vorläufig ist die Atmosphäre nicht gut. Gewiß, ich bemühe mich, sie zu bessern. Man ändert keine traditionellen Strömungen von heute auf morgen. Das ist ein langwieriges Unternehmen, aber man muß es versuchen.